

**Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister**

Ausschussbetreuender Fachbereich Jugend und Soziales	Datum 18.10.2007	
Niederschrift	Schriftführer Hans-Jörg Fedder	Telefon-Nr. 02202/14-2865
	Jugendhilfeausschuss	
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzung am Mittwoch, dem 17. Oktober 2007	
	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:15 Uhr - 17:45 Uhr	
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine	
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis		
Tagesordnung		

A Öffentlicher Teil

1. **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und Beschlussfähigkeit**
Seite A 2
2. **Mitteilungen der Vorsitzenden** *Seite A 2*
3. **Mitteilungen des Bürgermeisters** *Seite A 2*
4. **Anträge der Fraktionen**
 a) der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der SPD-Fraktion, der Fraktion KIDitiative und der Fraktion Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg e. V.
 b) der FDP-Fraktion
zur Verabschiedung einer Resolution zum KiBiz
 540/2007 *Seiten A 3 ff*
5. **Anfragen der Ausschussmitglieder** *Seiten A 6 f*

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und Beschlussfähigkeit

@-> Die Vorsitzende, Frau Bendig, eröffnet die 17. Sitzung des Jugendhilfeausschusses in der siebten Wahlperiode und verweist auf folgende Ausschussmitglieder, die sich für die heutige Ausschusssitzung entschuldigt haben:

- Frau Münzer (CDU-Fraktion) wird von Herrn Dr. Kassner vertreten.
- Frau Mundorf (Stadtspportjugend) wird von Herrn Dr. Molitor (DRK) vertreten. Herr Dr. Molitor wird sich wahrscheinlich verspäten.
- Herr Eßer und Herr Sieg (AWO) haben sich beide entschuldigt.
- Herr Kikol (DPWV) wird von Herrn Marzinkowski vertreten.
- Herr Sellmann und Frau Niewerth (Amtsgericht) können beide nicht an der Sitzung teilnehmen.
- Herr Nötzel (Evangelische Kirche) hat sich für die Sitzung entschuldigt und wird von Frau Mester-Niehoff vertreten.
- Herr Dresbach (SPD-Fraktion) vertritt Herrn Galley.

Frau Bendig stellt fest, dass der Jugendhilfeausschuss ordnungsgemäß und rechtzeitig einberufen wurde und beschlussfähig ist. Sie begrüßt besonders Frau Ruhnow, die als stellvertretendes beratendes Ausschussmitglied für die Kreispolizeibehörde erstmals an einer Ausschusssitzung teilnimmt.

2 <-@ Mitteilungen der Vorsitzenden

@-> Frau Ruhnow wird als stellvertretendes beratendes Ausschussmitglied unter Verletzung des Verpflichtungstextes in feierlicher Form zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben verpflichtet. Über die Verpflichtung wurde eine Niederschrift angefertigt, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Mitteilungen werden nicht vorgetragen.

3 <-@ Mitteilungen des Bürgermeisters

@-> Es werden keine Mitteilungen vorgetragen. <-@

4 Anträge der Fraktionen

a) der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der SPD-Fraktion, der Fraktion KIDinitiative und der Fraktion Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg e. V.
b) der FDP-Fraktion
zur Verabschiedung einer Resolution zum KiBiz

@-> Herr Hoffstadt (SPD-Fraktion) erinnert daran, dass das langjährige Ratsmitglied Herr Freese verstorben ist. Der Jugendhilfeausschuss gedenkt Herrn Freeses in einer Schweigeminute.

Herr Gerhards (FDP-Fraktion) betont, dass die FDP-Fraktion mit der Möglichkeit der Kommunen, selber Elternbeitragstabellen festlegen zu können, sehr einverstanden sei. Hinsichtlich der Beitragshöhe sieht er keine weiteren finanziellen Spielräume des Landes. Eine Forderung nach Elternbeiträgen von weniger als 19 % führe vermutlich zu einer Reduzierung anderer Ausgaben. Dies halte er für keine gute Lösung. Er spricht sich dafür aus, in der Resolution auch die positiven Seiten des Kinderbildungsgesetzes anzusprechen. Damit meine er die gesetzliche Verankerung von Bildungsauftrag sowie Evaluation und Dokumentation der Arbeit in den Kindertagesstätten.

Frau Lehnert (CDU-Fraktion) schließt sich diesen Ausführungen an. Problematisch finde sie, dass ein genauer Sachstand des Beratungsgegenstandes nicht bekannt sei. Nach ihren Informationen sei zwischenzeitlich der vorgeschlagene Kompromiss der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtsverbände weitestgehend übernommen worden. Wenn die vorgeschlagene Resolution den jetzigen Stand nicht berücksichtige, werde sie ihrer Schlagkraft beraubt. Von Herrn Hastrich erhoffe sie sich eine Darstellung der aktuellen Sachlage. Die CDU-Fraktion sehe den Entwurf der FDP-Fraktion als annehmbareren Vorschlag und schlägt als dessen Ergänzung einen **bedarfsgerechten** Ausbau der Betreuungsangebote für unter dreijährige Kinder vor.

Frau Schöttler-Fuchs (SPD-Fraktion) erinnert daran, dass dieser Punkt schon seit einem Jahr beraten wird. Sie spricht sich dafür aus, in der heutigen Sitzung durch eine Resolution in Form eines Kompromisses ein Zeichen zu setzen.

Den Bildungsauftrag enthalte das alte Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder (GTK) schon seit 1972. Auch zu den Elternbeiträgen solle der Jugendhilfeausschuss Stellung beziehen im Hinblick auf die gewünschte Beitragsfreiheit der Kindergärten. Das Land solle in diesem Punkt Perspektiven setzen. Der Wunsch nach Beitragsfreiheit solle in die Resolution aufgenommen werden.

Herr Schnöring (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN) teilt die Auffassung Frau Lehnerts hinsichtlich des gegenwärtigen Sachstandes. Klar sei, dass es bezüglich der Trägersicherheit einen Kompromiss gebe. Dies werde begrüßt. Gleichwohl halte auch er es für sinnvoll, sich zur Höhe der Elternbeiträge zu äußern. Es sei allenfalls die Absicht geäußert worden, dass über die Prozentsätze der Elternbeiträge noch diskutiert werden könne.

Befürchtungen auch der Betroffenen gingen dahin, dass die Kindertagesstätten immer mehr Aufgaben erfüllen müssten. Dabei verweist er auf die Betreuung unter Dreijähriger. Gleichzeitig könne evtl. durch das KiBiz ein Abbau von Planstellen erfolgen. Für die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses erbitte er eine Aufstellung der Kosten, die auf die Stadt zukommen. Durch die Resolution setze der Fachausschuss ein Zeichen, in welche Richtung die Diskussion im Landtag gehen solle.

Herr Neuheuser (Fraktion KIDitiative) ist sich ebenfalls unklar über den derzeitigen Verhandlungsstand und sieht daher die Notwendigkeit, den Landtag über die Wünsche des Jugendhilfeausschusses zu unterrichten. Die Präambel des Gesetzes enthalte viele Absichten, die auch er befürworte. Diese Präambel werde aber nicht im Gesetz umgesetzt.

Herr Hoffstadt verweist darauf, dass es seit 15 Jahren eine Bildungsvereinbarung im Kindergarten gebe. Das Land stelle in Anbetracht zusätzlicher Aufgaben weniger Geld als früher zur Verfügung. Durch die letztjährige Erhöhung der Elternbeiträge sei diese Frage nicht das drängendste Problem, obwohl die jetzige Regelung nicht das politisch Gewollte sei. Wie die Einführung des Rechtsanspruchs finanziert werden solle, sei noch unklar. Auch weitere Punkte seien kritikwürdig; insgesamt sei das alte Gesetz besser. Er befürchte, dass das KiBiz bürokratischer und noch komplizierter werde als das jetzige Gesetz. Er schlägt vor, die Sitzung zu unterbrechen und in einer kleinen Gruppe einen Kompromissvorschlag zu erarbeiten.

Frau Bendig begrüßt den Vorschlag, nach einer Kompromisslösung zu suchen.

Herr Dr. Kassner (CDU-Fraktion) weist auf die Zuständigkeit des Landtages für dieses Gesetz hin. Da noch kein Ergebnis absehbar sei, sehe er in der heutigen Beratung ein „Stochern im Nebel“. Er könne die Bestrebungen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN nicht unterstützen. Es sei aber unbestritten, dass in Bergisch Gladbach gemeinsames Ziel eine sehr gute Versorgung der Kinder sei. Beispielfhaft verweist er auf die Quote bei der Versorgung unter Dreijähriger in Bergisch Gladbach (22 %) und im Landesdurchschnitt (etwa 6 %). Von einer politischen Wirkung einer Resolution sei er nicht überzeugt. Prinzipiell könne er sich an den Entwurf der FDP-Fraktion halten und schließt sich dem Änderungsvorschlag Frau Lehnerts an.

Herr Gerhards bezweifelt, dass das KiBiz mit zwangsweisen Entlassungen droht. Insofern hält er die Ausführungen Herrn Schnörings in diesem Punkt für unredlich. Die finanzielle Ausstattung werde verbessert, auch wenn man darüber streiten könne, ob dies für die zusätzlichen Aufgaben ausreichend sei. 19 % über Elternbeiträge zu finanzieren entspreche der Leistungsfähigkeit des Landes. Er würde unterstützen, mittelfristig eine Beitragfreiheit erreichen zu wollen.

Herr Hastrich erklärt, es gebe keinen neuen Informationsstand zu den Resolutionstexten. Relevant sei, was Regierung oder Fraktionen in den Landtag einbringen. Daran habe sich bis heute nichts geändert. Es liege aber ein Beratungsergebnis des Koalitionsausschusses vor, der möglicherweise prägende Wirkung auf die Beratung des Landtags habe. Was er dazu kenne, sei für den Resolutionsentwurf irrelevant. Die kommunalen Spitzenverbände hätten in Abstimmung mit den Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege dem Landtag vorgeschlagen, ein planungssichereres Verfahren bei der Umsetzung des KiBiz zu ermöglichen. Im Koalitionsausschuss wurde ausschließlich vereinbart, diesen Vorschlag zu akzeptieren.

Die Verwaltung habe danach bis März die Platzzahlen für die Einrichtungen für das nächste Kindergartenjahr zu ermitteln und ein Einrichtungsbudget zu bilden. Dieses Budget stehe den Trägern zur Bewirtschaftung zur Verfügung. Beim Verwendungsnachweis wird geprüft, ob die tatsächliche Belegung zu einem Budget führt, das mehr als 10% nach oben oder unten abweicht. Eine Abweichung von mehr als 10% führe zu einer Ausgleichszahlung.

Das von den Spitzenverbänden vorgeschlagene Verfahren werde wohl von den Koalitionsfraktionen übernommen. Diese Fragestellung ist im Resolutionsentwurf nicht angesprochen. Alle anderen Fragestellungen seien weiterhin offen. Ein Vorschlag habe auf eine Änderung des Elternbeitragsverfahrens gezielt. Dazu habe sich die Koalition seines Wissens nicht entschließen können.

Frau Bendig ergänzt, kurz vor der Sitzung habe sie den Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion im Landtag erhalten, aber noch nicht lesen können.

Herr Schnöring ist der Auffassung, bis auf diesen einen Kompromiss habe sich inhaltlich nichts geändert. Er spricht sich für eine Resolution aus und lehnt eine Unterbrechung und eine Kompromisslösung ab.

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

Beschluss: (mehrheitlich mit 8 Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der Fraktion KIDinitiative, der Caritas, des DPWV und der Pfadfinder gegen 4 Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion bei einer Enthaltung der Evangelischen Jugend)

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Bergisch Gladbach fordert den Landtag auf, den Entwurf zum „Kinderbildungsgesetz“ (KiBiz-NRW) in seiner bisherigen Form nicht anzunehmen und zumindest in den folgenden Punkten zu überarbeiten:

1. Die künftigen Finanzierungsgrundlagen müssen von realen Zahlen ausgehen. Ein Elternbeitragsaufkommen von 19% der Gesamtkosten, das Grundlage der Berechnung für die Zuschüsse ist, wird nicht erzielt. Im Landesdurchschnitt beträgt das Elternaufkommen etwa 13 – 14 %. Auf dieser Basis muss die Gesamtfinanzierung gestaltet werden.
2. Das Land darf seine finanzielle Beteiligung an Ganztagsangeboten nicht deckeln. Sollte das Land sich – wie geplant – nur an einer Finanzierung beteiligen, wenn ein Anteil von 25% Ganztagsplätzen an der Gesamtplatzzahl unterschritten wird, ist eine bedarfsgerechte Entwicklung nicht gewährleistet. Das Land muss sich auch an Betreuungsangeboten finanziell beteiligen, die über die vorgesehenen max. 45 Stunden hinausgehen. (Je nach örtlichem Angebot: bereits heute bieten viele Einrichtungen 50 Wochenstunden und mehr an.)
3. Um Benachteiligungen von Kindern, die in finanzschwachen Kommunen leben, zu vermeiden, bedarf es landeseinheitlicher Standards bei der Betreuungsqualität. Deswegen ist vor allem eine Festlegung von maximalen Gruppengrößen und einer definierten Relation von Kinderzahl zu Erzieher/Erzieherin notwendig.
4. Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Bergisch Gladbach begrüßt die Bemühungen von Unternehmen, für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Betriebskindergärten einzurichten und zu unterhalten. Die

Familien können sich auch tagsüber am Arbeitsplatz sehen und Pausen miteinander verbringen. Dies fördert den Familienzusammenhalt, das Engagement im Betrieb und kann nicht zuletzt auch zu einem verbesserten Angebot an Betreuungsplätzen für Kinder unter 3 Jahren führen. Deswegen ist der Landtag aufgefordert, Betriebe wie bisher (§ 20 des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder) als Empfänger öffentlicher Zuschüsse für Betriebskindergärten vorzusehen.

5. Die Erziehungsberechtigten sind an den Entscheidungen in wesentlichen Angelegenheiten zu beteiligen (Elternrat, Rat der Tageseinrichtung, weitergehende demokratische Elternorgane, § 22 Abs. 3 KJHG).

Der Bürgermeister wird gebeten, diesen Beschluss dem Landtag zu übermitteln und über die Gremien der Kommunalen Spitzenverbände auf die notwendigen Änderungen hinzuwirken.

Auf Anfrage von Frau Schöttler-Fuchs bestätigt Herr Hastrich, die Resolution werde, wie im Entwurf beantragt, verschickt. Redaktionell weist er darauf hin, dass es anstelle „der Rat der Stadt Bergisch Gladbach fordert den Landtag auf, . . .“ heißen muss: „Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Bergisch Gladbach fordert den Landtag auf, . . .“. Gleiches gelte für Ziffer 4. der Resolution.

<-@ 5 Anfragen der Ausschussmitglieder

@-> Es werden keine Anfragen gestellt.

Frau Bendig weist darauf hin, dass im Jahr 2008 folgende Sitzungstermine für den Jugendhilfeausschuss vorgesehen sind:

- am Dienstag, dem 12.02.
- am Dienstag, dem 22.04.
- am Dienstag, dem 10.06.
- am **Mittwoch**, dem 17.09.
- am Dienstag, dem 18.11.

Herr Hastrich sagt auf Bitten Herrn Hoffstadts zu, die Ausschusstermine vorab schriftlich mitzuteilen.

Die Vorsitzende, Frau Bendig, schließt die Sitzung des Jugendhilfeausschusses um 17.45 Uhr und wünscht allen einen guten Heimweg. <-@

gez. Bendig
Vorsitzende

Fedder
Schriftführer

gesehen: _____
Mumdey
Beigeordneter für Jugend und Soziales